Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Berlin: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Neuhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Karowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 118. [31. Jahrgang.] Berlin, Donnerstag den 10. März 1892, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 118.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Expeditionen** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin S. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, und **wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. März.

Wenn von manchen Seiten erwartet worden war, die Besprechung der Reform des höheren Schulwesens im Abgeordnetenhause werde zu erregten Debatten führen, so hat das gerade Gegentheil eintreten sollen. Die Redner, welche am 8. d. M. das Wort nahmen, haben sich im Großen und Ganzen anerkennend über das bisher in die Wege Geleitete geäußert. Die Annahme ist mithin nicht ungerechtfertigt, daß die abfprechende Kritik, welche bisher an den bekannten Maßnahmen der Unterrichtsverwaltung geübt worden ist, nur um deswillen in ihrer Bedeutung überschätzt werden konnte, weil sie sich gut auf die Wahl eines möglichst tönenden Resonanzbodens verstand und es mehr oder weniger geschickt zu verbergen wußte, in welchem Maße ihr die Vertretung extremer Standpunkte am Herzen lag. Dies sich auch ein erheblicher Theil der nicht extremen Presse herbei, zum Sprachrohr gekrankter oder unbefriedigter Interessenvertreter zu dienen, so zeugt es unseres Erachtens nicht von einem Anfang zur Besserung, wenn jetzt behauptet wird, daß die Erörterung der Schulreformfragen im Abgeordnetenhause im Vergleich mit der bisher geübten Kritik sehr wenig schwer ins Gewicht falle.

Konnte der außerparlamentarischen Kritik, wie sie bisher vielfach geübt werden sollte, der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie sich auf der einen Seite allzu sehr auf den schultechnischen und auf der anderen auf einen unpraktisch ideell-radikalen Standpunkt stellte, so sprach der Kultusminister das rechte Wort zur rechten Zeit aus, indem er meinte, es komme darauf an, die ganze Frage mehr als eine soziale anzusehen. Die höhere Schule am Ende des 19. Jahrhunderts lasse sich nicht von dem Gesichtspunkte aus betrachten, daß sie lediglich die Aufgabe habe, für die Universität zu erziehen. Wenn man der betr. Schule eine so einseitige Konstruktion geben wolle, so würde darin eine schwere Versündigung an den breiteren Schichten des Volkes liegen. Auf der andern Seite aber hatte auch der Abg. Graf Recht, wenn er gegenüber allzu weit gehenden „Reform"bestrebungen die deutsche Schule, wie sie sich entwickelt hat, als ein köstliches Gut bezeichnete, welches gewagten Experimenten nicht unterzogen werden dürfe. In gleichem Sinne sprach sich Herr Kropatschek aus, insofern er meinte, trotz jedes Schulreformers stehe es doch fest: unser höheres Schulwesen habe sich geschichtlich so schlecht gar nicht entwickelt, wie die Herren es immer darzustellen belieben, und es habe immer noch recht erfreuliche Resultate für das Vaterland gezeitigt. Alles vollständig auf den Kopf zu stellen und Aenderungen einzuführen, die Alles in Frage stellten, sei nicht rathsam.

Kann die Lösung der vorläufig im Ganzen abgeschlossenen Reform des höheren Unterrichtswesens als eine verhältnißmäßig glückliche bezeichnet werden, so soll damit eine abschließende Kritik nicht ausgesprochen sein. Je mehr es galt, einen Mittelweg zu finden zwischen Dem, was heißblütiger Reformeifer und jäh an dem Alten haltender Schulkonservatismus verlangt, um so verständlicher ist es, daß an dem hergestellten Kompromiß ebenso von der einen wie von der anderen Seite viel auszusetzen ist. Um so nothwendiger aber ist es deshalb auch, daß zunächst unserer Schulverwaltung Zeit gelassen werde, um die Dinge, die auf dem Papier als Reformen stehen, praktisch durchzuführen, und daß dem Streit über unser höheres Schulwesen ein Ende bereitet werde. Zunächst muß sich die Schule in die Neuordnung einleben, und erst nach einer längeren Zeit wird sich herausstellen, ob sich die neuen Formen erproben. Sind die Grenzen zwischen den Aufgaben und den Berechtigungen der verschiedenen Arten höherer Schulen genau fixirt, so würde es ebenso ungerechtfertigt erscheinen, wenn die Realgymnasien über die ihnen gezogene Grenze hinausstreben und damit den Beweis ihrer Lebensfähigkeit neben der Ober-Realschule unerbracht lassen wollten, und wenn die Vertreter des Einheitsschulideals insbesondere der Sache der lateinlosen Schulen dadurch nützen möchten, daß sie mit der ihnen zugebilligten Konzession sich nicht zufrieden geben möchten. Daß der Frankfurter Versuch seine „Abfindung" darstellen soll, ist in der „Nordd. Allg. Ztg." schon früher ausdrücklich versichert worden. Der Kultusminister verifizirte in seiner Rede unsere damalige Mittheilung und erklärte sich bereit, ihm entgegengebrachte weitere Anträge wohlwollender Prüfung zu unterziehen. Handelt es sich um einen Versuch mit dem Ziele einer praktischen Realisirung, wenn er sich bewährt, so heißt es, das Gelingen dieses Versuches nicht fördern, sondern in Frage stellen, wenn man nach wie vor das einzige Heil in der Einheitsschule erblickt. Die Herstellung eines besseren Verhältnisses der Schülerzahl auf Latein- und auf lateinlosen Anstalten, wie sie durch die Reform erstreht wird, kann weder durch einseitige Begünstigung der Realgymnasien, noch durch gewaltsame Errichtung von Einheitsschulen erzwungen werden.

Daß durch den einstweiligen Abschluß der Reformen, um deren Ermöglichung sich, außer dem Kultusminister, insbesondere der Wirkl. Geh. Rath Stauder ein großes Verdienst erworben hat, die Aussicht auf eine Weiterführung derselben nicht abgeschnitten sein soll, hat Graf v. Zedlitz ausdrücklich zu erkennen gegeben.

Wenn aber auch die Frage zur Erörterung kam, ob es nicht in vielleicht späterer Zukunft möglich sein werde, allen Schülern, mögen sie diese oder jene Anstalt besucht haben, den Zugang zur Universität zu eröffnen, so möchten wir unsererseits allerdings die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beträchtlich schätzen, als daß man dies Ziel jemals erreichen oder auch nur erstreben sollte. Wir halten aber auch dafür, daß damit das Gegentheil von Dem herbeigeführt werden würde, was durch die jetzt beobachtete Maßhaltung in der Benutzung der Reformbewegung von einer Unterrichtsverwaltung inaugurirt worden ist, die sich ebenso jederzeit des Besitzes bewußt blieb, den unser historisch erwachsenes höheres Schulwesen darstellt, wie sie den Anforderungen mit praktischer Entschlossenheit zu entsprechen versucht hat, welche die veränderten Zeitverhältnisse an die Vorbildung stellen, die unserer höhere Schulen besuchenden Jugend für das Leben gegeben werden soll.

Se. Majestät der Kaiser und König sind durch eine leichte Erkältung genöthigt, das Bett zu hüten, und haben daher heute keine Vorträge entgegengenommen.

Ueber das Befinden des **Großherzogs von Hessen** liegt folgende Meldung vor:

Darmstadt, Donnerstag 10. März. Nach dem früh 7 Uhr ausgegebenen Bulletin war der Großherzog zeitweise bei Bewußtsein. Das Schlucken war weniger beschwerlich, so daß etwas mehr flüssige Nahrung gegeben werden konnte. Die Lähmungserscheinungen dauern unverändert fort. — Großfürst Sergius und Gemahlin sind gestern Abend eingetroffen. — Professor Kußmaul wird um 10 Uhr 45 Min. Vormittags erwartet.

Verschiedene Blätter brachten die Mittheilung, daß dem Prinzen Heinrich XVIII. Reuß j. L. von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin der Titel „Hoheit" verliehen sei.

Wie man uns aus Ludwigslust schreibt, erweist sich nach an maßgebender Stelle eingezogener Erkundigung diese Mittheilung als durchaus unrichtig.

In der heutigen (29.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde bei Fortsetzung der Berathung des Kultusetats die Debatte über den Normaletat mit den dazu vorliegenden Anträgen fortgesetzt. Abg. v. Schenckendorff anerkennt, daß der vorliegende Normaletat eine erhebliche Verbesserung der Einkommensteuerverhältnisse der Lehrer bringe. Die Alterszulagen für die Lehrer, die Gehaltsverbesserung auch der Zeichen-, Turn- und Elementarlehrer an den höheren Lehranstalten bedeute offenbar einen großen Fortschritt dem bisherigen Zustande gegenüber. Indeß dürfte das doch nicht abhalten, weitergehende Wünsche zum Ausdruck zu bringen, wie das in den von seinen Freunden vorgelegten Resolutionen — nicht Anträgen — der Fall sei. Besonderer Werth würde dabei auf diejenigen Resolution gelegt, welche die Gleichstellung der Lehrer an den mittelstaatlichen mit denjenigen an den staatlichen Anstalten betreffe. Die Fortführung der Gehaltsverbesserung sei nicht bloß für die Lehrer allein, sondern im Anschluß an die allgemeine Erhöhung der Beamtenbesoldungen gedacht. Die Gleichstellung der Lehrer an den höheren Lehranstalten mit den Richtern erster Instanz sei eine alte Forderung und deren Berechtigung sei auch vom Minister anerkannt. Den Normaletat selbst betreffend, habe er das Bedenken, daß die Zeichenlehrer keinen großen Nutzen haben würden; der Zeichenunterricht werde gerade nicht gehoben werden. Es würde angezeigt sein, die geprüften Zeichenlehrer allen anderen geprüften Lehrern gleichzustellen. Regier.-Kommissar Geh. Ober-Regierungsrath Stauder bemerkt darauf, daß eine abweichende Behandlung der Zeichenlehrer deshalb angezeigt sei, weil nicht alle Anstalten vollbeschäftigte Zeichenlehrer hätten, auch die meisten nur Elementarschulbildung besäßen. Abg. Sperlich hofft, daß nun endlich einmal in den Lehrerkreisen Ruhe einkehren werde. In den Gehaltsverbesserungen dürfe man nicht weiter gehen, als die Finanzlage es gestatte. Durchaus gerechtfertigt halte er es, daß den Eltern, welche ihren Kindern einen über die Volksschulbildung hinausgehenden Unterricht gewähren wollen, auch einen Theil der Kosten für Verbesserung der Lehrerbesoldungen tragen. Sein Antrag bezwecke, die Direktoren in sämmtlichen Provinzialständen ohne Unterschied der Einwohnerzahl gleich zu stellen. Durch das Fallenlassen der Scheidegrenze von 50 000 Einwohner wolle er diejenigen Fälle vermeiden, in denen ein Direktor weniger Gehalt beziehe, als ein Oberlehrer. Die Einwohnerzahl von unter oder über 50 000 Einwohner habe auch auf die Kosten der Lebenshaltung keinen Einfluß. Sein Antrag, daß den Hilfslehrern ihre Dienstzeit über drei Jahre hinaus für die Bemessung der Dienstalterszulage angerechnet werden solle, wolle verbindern, daß die Lehrer finanziell schlechter gestellt werden als die Theologen. Abg. Rickert beantragt inzwischen, den Tit. 5 Kap 20 in folgender Fassung zu bewilligen: „Zur Durchführung des anliegenden Normaletats 1 400 000 ℳ." Regierungskommissar Geh. Ober-Finanzrath Germar erklärt sich gegen die über die Denkschrift hinausgehenden Sätze. Abg. Heepner erklärt, daß die konservative Partei dem Normaletat gegenüber sich durchaus reserviert verhalte und deshalb gegen die weitergehenden Anträge Korsch und Dr. Dürre sei. Sie werde aber für den Antrag Kropatschek und die Resolution der Kommission stimmen. Abg. Dr. Grimm (Frankfurt) erklärt, daß seine (nationallib.) Freunde vorläufig für den Antrag Rickert stimmen werden, um die Regierung an die Durchführung des Normaletats zu binden. Mit dem letzteren sei zweifellos ein großer Fortschritt verbunden, aber damit sei eine weitere Regelung der Lehrergehälter doch nicht ausgeschlossen. Die Gleichstellung der höheren Lehrer mit den Richtern erster Instanz sei schon deshalb erwünscht, um die Lehrer nicht zu Nebenbeschäftigungen zu zwingen. Die ungleiche Behandlung der Lehrer an Voll- und Nichtvollanstalten erscheine innerlich nicht berechtigt, auch die Unterscheidung nach Einwohnerzahl der Direktoren sei bedenklich. Abg. Dr. Kropatschek verwahrt sich dagegen, daß die konservativen Anträge die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Lehrer steigern würden. Die Aufgabe des Lehrers erfordere viel mehr Liebe und Aufopferung für den Beruf, als die des Richters, und deshalb sei die Forderung einer finanziellen Gleichstellung bei den Beamtenkategorieen wohl gerechtfertigt. Damit solle im Uebrigen nicht behauptet werden, daß die Aufgaben der Richter und Lehrer gleichartiger Natur seien. Gegen die Unterscheidung der Gehälter nach der Einwohnerzahl der Stadt hätten auch seine Freunde große Bedenken. Der Antrag, daß der Direktor einer Anstalt nicht ein niedrigeres Gehalt beziehen solle, als die Oberlehrer sei gewiß berechtigt. Im Uebrigen betont dieser Redner besonders die Nothwendigkeit, daß die Mißstände in den Besoldungsverhältnissen der Lehrer an den Kommunalanstalten beseitigt werden. Gegen die Erhöhung des Schulgeldes hat er auch das Bedenken, daß dieselbe mit der vorliegenden Frage verquickt werde. Bei Schluß des Berichts nahm der Herr Kultusminister das Wort, um auf einzelne Ausführungen von Vorrednern einzugehen.

Vom 1. April ab führen die Eisenbahnverwaltungen in Baden, Bayern einschließlich der Pfalz, Elsaß-Lothringen und Württemberg die **mitteleuropäische Zeit** — M. E. Z. — auch für den äußeren Dienst ein. Diese Zeit wird mithin auf den für das Publikum bestimmten Fahrplänen und den Stationsuhren zur Erscheinung kommen.

Mit Rücksicht hierauf führt die Reichs-Postverwaltung zu demselben Zeitpunkt die mitteleuropäische Zeit für den gesammten Postdienst in den Ober-Postdirektionsbezirken Karlsruhe (Baden), Konstanz, Straßburg (Ell) und Metz ein. Ebenso wird seitens der Telegraphenanstalten im ganzen Umfange des Reichs-Postgebiets vom 1. April ab im inneren Telegraphendienst nicht mehr die mittlere Berliner Zeit, sondern ebenfalls ausschließlich die mitteleuropäische Zeit zur Anwendung gelangen, welche bei den Eisenbahn-Telegraphenstationen schon jetzt im Gebrauch ist.

Aus **Kopenhagen**, 8. März, wird uns geschrieben:

Die Dampffähre zwischen Helsingör und Helsingborg, auf welcher der regelmäßige Verkehr, da die zugehörigen Anlagen auf schwedischer Seite einen langsamen Fortgang gehabt haben, erst am 10. d. beginnt, stellt sich schon jetzt als ein höchst wichtiges Verkehrsmittel zwischen Deutschland und den nordischen Ländern dar. Am ganzen letzten Donnerstag z. B., schreibt das „Helsingörer Dagblad", war dieselbe in Thätigkeit, um die deutschen Güterwagen, zusammen nicht weniger als 29, welche theils in Helsingör, theils in Kopenhagen gestanden und auf Gelegenheit, um hinüberzukommen, gewartet hatten, nach dem schwedischen Ufern zu führen. Alle diese offenen Güterwagen waren mit schweren mächtigen Maschinenstücken: riesigen Pumen, Bohrern, Rädern und anderen Werkzeugen, geliefert von einen Braunschweiger Firma für die Zuckerfabrik in Engelholm, belastet. Es war ein seltsamer Anblick, diese großen Bahnwagen hier zu sehen, die weit aus Deutschland so schnell hier herübergekommen waren, als ob ein zusammenhängender Schienenweg auf der ganzen von ihnen zurückgelegten Strecke gewesen wäre. Die Dampffähre stellig für Güterbeförderung gebraucht wird, geht u. A. auch daraus hervor, daß eine einzige dänische Firma jährlich 800 Wagenladen Holzwaaren auf derselben verschicken wird. „Helsingörs Avis" stellt einen so lebhaften Verkehr in Aussicht, daß es nothwendig werde, noch eine neue Fähre zu bauen. Der Tarif für Güter und Vieh ist noch nicht endgültig festgestellt. Für die Güterbeförderung zwischen Schweden-Norwegen und Deutschland sowie Schweden-Norwegen und Dänemark sind zwischen den betreffenden Bahnverwaltungen die nöthigen Verabredungen getroffen; noch ist aber nicht Alles auf schwedischer Seite geordnet; einstweilen werden Sendungen von Dänemark nach Schweden-Norwegen und umgekehrt in Helsingborg umgeladen, indeß ohne Kosten für den Absender.

Die dänische Viehausfuhr zieht sich in Folge des englischen Einfuhrverbots in verstärktem Maße nach Deutschland. „Korsörs Avis" theilt mit, daß die Vereinte Dampfschiffsgesellschaft in Kopenhagen eine Ausfuhrliste Kopenhagen—Kiel mit zwei Dampfschiff „Minsk" eröffnet hat, welches bisher zwischen Esbjerg und Newcastle fuhr und das beste Viehbeförderungsboot der Gesellschaft ist.

Bekanntlich haben französische Blätter behauptet, für die deutsche Kolonie Kamerun seien **Sklaven vom Königreich Dahomey** angekauft worden. In der Reichstagssitzung vom 7. d. M. machte der Referent der Budgetkommission, Abg. Prinz von Arenberg, dem Hause Mittheilung von den diesbezüglich der Kommission gewordenen Aufklärungen, und lassen wir dieselben nach dem stenographischen Bericht zur Erzählung früherer Mittheilungen hier folgen. Der Herr Referent sagte:

„Eine recht interessante Mittheilung wurde uns insbesondere in Bezug auf die Nachrichten gemacht, welche französische Blätter über die Kolonie Kamerun in Zusammenhang mit dem Königreich Dahomey gebracht haben. Es war in den französischen Blättern behauptet worden, die Kolonialverwaltung Kamerun habe 4000 Sklaven in Dahomey gekauft. Es wurde und darüber der offizielle Bericht, daß diese Nachrichten schon deshalb den Stempel der Unwahrheit an der Stirne trügen, weil ja 4000 Sklaven einen Geldwerth von ungefähr 1½ Millionen repräsentiren, und dafür natürlich kein Geld vorhanden sei. Dagegen liege der Sache folgender wahrer Thatbestand zu Grunde.

Als Hauptmann v. Gravenreuth seine Expedition ins südliche Gebiet von Kamerun organisirte, vermochte er in Kamerun, wo Träger sehr selten sind, keine zu finden und ließ nun durch Vermittelung im dem Königreich Dahomey 250 Mann anwerben. Diese Anwerbung trug allerdings den Charakter eines Sklavenkaufs deshalb, weil in Dahomey der König Herr über Leib, Leben und Freiheit seiner Unterthanen ist. Diese Sklaven wurden dort allerdings gekauft; aber als sie nach Kamerun kamen, wurden sie sofort feierlich freigelassen und auf Kosten der Kolonie verpflegt, und als sie zum Trägerdienst nicht verwendet wurden, wurde ihnen freigestellt, nach ihrem Lande zurückzukehren; sie waren aber unter keinen Umständen dazu zu bewegen, aus dem natürlichen Grunde, weil sie mit tödtlicher Sicherheit voraussahen, daß sie beim nächsten Opferfest abgeschlachtet werden würden.

Das Ergebniß des Vorgangs ist also gerade das entgegengesetzte, als das von französischen Blättern behauptete. Es hat allerdings ein Sklavenkauf stattgefunden, aber mit der Wirkung der Freilassung, und man könnte ja nur wünschen, daß unsere Mittel hinreichten, häufig solche Geschäfte zu machen."

Im Spiegel der französischen Blätter erschienen die **Berliner Straßenkravalle** bekanntlich als Aktionen von hoher politischer Bedeutung. Die Leser jener Blätter auch in Deutschland werden daher nicht wenig erstaunt sein, jetzt im „Figaro" zu lesen, wie auf die Anfrage eines Mitarbeiters desselben, Gaston Routier, sich dessen Freund, Herr Wilhelm Liebknecht, über diese Angelegenheit aussprach. Wir lassen den nach verschiedenen Richtungen hin interessanten, vom 3. März datirten Brief des Herrn Liebknecht hier folgen:

„Lieber Herr!

In zwei Worten die Wahrheit! Die sogenannten Berliner Unruhen waren nur jämmerlich harmlose Aufläufe, von denen Niemand gesprochen haben würde, wenn es nicht Leute gegeben hätte, welche ein politisches Interesse hatten, die Sache für einen kleinen Staatsstreich zu benutzen.

Das Dutzend mehr oder weniger zweifelhafter Anarchisten, welche sich noch hier finden (vor dem Gesetz gegen die Sozialdemokraten war deren Zahl dreimal so groß), thaten ihr Bestes, um die Arbeit jener Leute zu thun, aber wir haben das Spiel der Reaktionaire verdorben.

Die Berliner Arbeiter sind Sozialdemokraten sie haben Disziplin, sie kennen die Lage der Dinge und sie sind nicht in die Schlinge gefallen.

Das ist die volle Wahrheit; nicht ein Arbeiter, nicht ein Sozialdemokrat hat an den Aufläufen Theil gehabt, welche keinerlei politischen Charakter hatten.

Das verhindert nicht, daß man Anstrengungen machen wird, um den Belagerungszustand herbeizuführen, weil die Regierung sich in einer Sackgasse befindet.

Aber nicht von der Zukunft will ich Ihnen reden. Alles ist ungewiß und wir sind auf Alles vorbereitet. Man wird uns nicht überrumpeln.

Leben Sie wohl! Ganz der Ihrige

W. Liebknecht."

So Herr Liebknecht. Wir wollen dazu nur bemerken, daß die nicht-parteioffiziellen Sozialdemokraten

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 10. März 1892.

Abgegriffene Münzen.

Eine sprachwissenschaftliche Skizze.

Von Gw.

II.

Da wir nun einmal das Wort Maul = Erde, Staub in Maulwurf einer Betrachtung unterzogen haben, deren Ergebniß darauf hinausging, daß es mit dem allgemein bekannten Maul = Mund gar nichts zu thun hat, so wollen wir auch die anderen Wörter, die mit Maul zusammengesetzt sind, uns näher ansehen. Zunächst treten uns Maulthier und Maulesel entgegen, um bei der Thiermelt stehen zu bleiben. Beide Worte gehen auf das lateinische mulus, Esel, zurück, das schon frühzeitig aufgenommen als der und das mûl sich im Englischen als mule, in der Schweiz als muli rein erhalten hat, im Neuhochdeutschen aber sich eine Zusammensetzung gefallen lassen mußte, die bei Maulesel tautologischer Natur ist. Wie das Maulthier, so ist auch die Maulbere von jenseits der Alpen herübergekommen. Der lateinische Name für Maulbere ist mûrum; schon im Althochdeutschen finden wir mûrberi, es erweichte sich dann wie auch sonst noch r zu l, so daß neben murbere im Mittelhochdeutschen mulbere in Gebrauch kam und sich in Anlehnung an Maul in der Form Maulbere erhalten hat. Neben der Maulbere finden wir in der Pflanzenwelt in einigen Mundarten die Bezeichnung Maulrose für Malve. Rose ist eine allgemeine Bezeichnung für Blume, die selbst da auftritt, wo weder der Duft noch die Dornen noch überhaupt die Gestalt der Rose zu finden ist, wir erinnern an Teichrose, Klatschrose, Tuberose, wenn auch in diesem Worte der letzte Bestandtheil nicht auf das Substantivum rosa, sondern auf die Ableitung -osus zurückgeht; denn die Pflanze führt das Beiwort tuberosa, das heißt reich an Knollen; jetzt freilich hört und liest man schon den Namen Tuberose, gleichsam als wäre es die Rose von Tuba. Gewissermaßen nun als könnte die Bezeichnung Malve für sich allein unverständlich sein und bedürfe einer Stütze, hat sich die Zusammensetzung Malvenrose gebildet, die dann wieder in Maulrose umgewandelt wurde. Im Uebrigen hat das Fremdwort Malve auch eine interessante Reise zurücklegen müssen, ehe es in der Form Maul in Maulrose ein anscheinend so echt deutsches Gewand angelegt hat; denn auch im Lateinischen ist der Pflanzenname malva ein entlehnter, und zwar aus dem griechischen malâcho, d. i. die Erweichende, weil man dieser Pflanze eine ganz besondere Kraft zuschrieb, Geschwüre zu zertheilen; wenn nun also unser deutsches Wort Maul wirklich „der Zermalmer, Zerkleinerer" bedeuten sollte, so wäre in unserer Maulrose der Kreislauf der Bedeutungsentwickelung wieder zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt.

Es bleibt uns noch das Verbum maulen übrig. Man erklärt dasselbe durch: das Maul hängen lassen, als Zeichen der Unzufriedenheit. In dieser Erklärung ist aber das Wesen dieser Untugend nicht zur Genüge ausgedrückt. Wenn wir von einem Menschen sagen: er mault, so wollen wir damit bezeichnen, daß er gegen jede äußere Einwirkung sich unzugänglich erweist, und weder ein gutes, noch ein böses Wort von sich giebt, sich überhaupt eigensinnig erweist. Die Redewendung „das Maul hängen lassen" hat hingegen diesen Sinn ganz und gar nicht, vielmehr bedeutet sie: niedergedrückt sein, genau wie: den Kopf hängen lassen, so daß der Theil für das Ganze gesetzt wäre, ähnlich wie in seinem Gegentheile: den Kopf hoch tragen, wofür sich auch findet, die Nase hoch tragen. Wenn wir nun weiter beachten, daß der beobachtende Mensch manche, gewissen Thieren zukommende Eigenthümlichkeiten ganz allgemein auf andere Verhältnisse überträgt, wie z. B. sagt: das Pferd bockt, d. h. es macht es wie ein Bock, es stellt sich auf die Hinterfüße, um sich dann plötzlich nach vorn zu werfen. und Verba wie mausen, d. i. entwenden wie eine Maus, ochsen oder büffeln, d. i. arbeiten wie ein Ochs oder ein Büffel, nachäffen, d. i. nachahmen wie ein Affe, so glauben wir, mit Recht behaupten zu dürfen, daß maulen nichts Anderes bedeutet, als: es machen wie ein Maulesel und ein Esel überhaupt, nämlich eigensinnig, störrisch sein. Dieser Eigensinn, dieser dumme Trotz — denn ein gebildeter Mensch mault nicht —, wie ihn der Esel entwickelt, findet sich schon bei Homer in dem Gleichniß dargestellt, in dem Ajax der Telamonier, „der ein Thurm war in der Schlacht", mit einem Esel verglichen wird, nicht wegen seiner Dummheit, sondern wegen seiner Beharrlichkeit, und durchaus nicht etwa lächerlich gemacht werden soll. Denn Ilias XI, 558 ff heißt es bei Voß:

„Wie wenn zum Feld ein Esel sich drängt und die Knaben bewältigt,
Trägen Gangs, auf dem viel Stecken zerschmetterten ringsum;
Jetzt eindringend zerrauft er die Saat tief; aber die Knaben
Schlagen umher mit Stecken; doch schwach ist die Stärke der Kinder,
Und sie vertreiben ihn kaum, nachdem er mit Fraß sich gesättigt.
Also schwärmt um den Held, den Telamonier Ajax, Muthiger Troer Gewühl und tendervolle Helfer,
Die auf den Schild die Lanzen ihm schmetternden, immer verfolgend."

Bei den südlichen Völkerschaften ist eben der Esel ebenso hoch geachtet, wie er bei uns verachtet ist, wegen seiner Ausdauer und Genügsamkeit.

Vom Maulesel wollen wir nun zum Affen in Maulaffen übergehen; hier haben wir nun keine fremde Bildung vor uns, sondern ein recht deutsches, und zwar niederdeutsches Gebilde, entstanden aus dat mul apen holten. In mul apen glaubte der Hochdeutsche Maulaffen zu hören, und da Maulaffen halten, von einem mit offnem Munde dastehenden Menschen gesagt, ihm nicht verständlich erschien, so setzte er „feil" hinzu, vielleicht außerdem noch veranlaßt durch die Beobachtung, daß ihm diese Erscheinung vorzüglich mit offenem Munde dastehender Menschen gerade auf Märkten am meisten entgegentrat. Wahrscheinlich geht auch auf apen effen der Ausdruck Affenschande = offne Schande zurück; doch wollen wir dieser Vermuthung nicht allzu großes Gewicht beilegen. Greife ist eine Entlehnung aus dem italienischen giraffa, das wieder auf das arabische Wort zarâfan zurückgeht. Affenthal endlich, woher der bekannte Wein kommt, ist aus Aemarienthal, wie die Ortschaft ursprünglich hieß, verkürzt, ähnlich wie der Name des Dorfes Schmargendorf bei Berlin durch Verkürzung aus Sankt Mariendorf entstanden ist.

Wir hatten oben das Wort Friedhof angewendet, als den Ort, wo man Frieden findet. In der That denkt man dabei immer an einen friedlichen, stillen Ort, auf dem der Friede wohnt, eine Anschauung, der Ludwig Uhland Ausdruck verliehen in den bekannten Worten:

„Am Ruhepfuhl der Todten da pflegt es still zu sein."

Aber leider kann die Sprachforschung selbst den Friedhof nicht in Frieden lassen, da der erste Bestandtheil des Wortes mit dem Abstractum Frieden gar nichts zu thun hat. Friedhof bezeichnet ursprünglich nicht Anderes als den eingefriedigten d. i. eingezäunten Hof, im Mhd. vrîthof und im Oberdeutschen noch jetzt Freithof. Doch ist die Bezeichnung auf Friede = Ruhe schon ziemlich früh aufgekommen, sie lag eben zu nahe, und die Aenderung in der Schreibweise d. statt t hat sich denn ebenso vollzogen, wie die Entstehung der Schreibweise Sündflutt aus Sintflutt. In welchem Grade aber die alte Bedeutung aus dem Sprachbewußtsein entschwunden ist, dafür liefert ein Nachweis die Thatsache, daß wir vor gar nicht langer Zeit den Satz fanden: er stiftete den Burgfieden. Der Verfasser oder die Verfasserin der Erzählung hatte zwar etwas von einem Burgfrieden gehört, wußte nicht, daß damit das Schutzgebiet einer Burg bezeichnet sei, konnte auch wohl den Ausdruck: den Burgfrieden verletzen, das heißt: in das Schutzgebiet der Burg eindringen. Es sollte an der betreffenden Stelle gesagt werden: der Friede in der Burg wurde gestört, die Unkenntniß der besonderen Bedeutung des Wortes Burgfriede veranlaßte dieses Sprachvergehen.

(Fortsetzung folgt.)